

Antrag

Der Fraktion der SPD

Thema **Bildungspaket Sachsen 2020 nachbessern**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- I. sofort die Stellenbewirtschaftung wieder in die Verantwortung der zuständigen Fachministerien sowie Hochschulen zu übertragen und den quasi Einstellungsstopp zu beenden;
- II. das Bildungspaket 2020 nachzubessern und dazu:
 - a) vor dem Start des Wintersemesters 2012/13, spätestens bis 30. Mai 2012, mit der TU Dresden und der Universität Leipzig alle personellen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um mindestens 1.700 Studierende in den Lehrämtern zu immatrikulieren,
 - b) mit dem Schuljahr 2012/13 mindestens 1.500 Referendariatsplätze pro Ausbildungsjahr zu schaffen,
 - c) die Zahl der unterrichtswirksamen Lehrerstellen bis 2020 mindestens nicht zu reduzieren und dazu
 - d) alle durch Abgang, Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit und durch Teilzeit freiwerdenden Stellen mindestens 1:1 unterrichtswirksam (nicht durch EU-finanzierte Stellen) wieder zu besetzen, d.h. bis 2015/16 jährlich ca. 1.000 Neueinstellungen vorzunehmen,
 - e) mit dem Schuljahr 2012/13 ein sofort wirksames Seiteneinsteigerprogramm für Grund- und Mittelschullehrkräfte sowie fächerspezifische Bedarfe in Zusammenarbeit mit den Universitäten und den Ausbildungseminaren zu starten,



Martin Dulig
und Fraktion

Dresden, den 26. März 2012

Eingegangen am: 26. MRZ. 2012

Ausgegeben am: 26. MRZ. 2012

- f) im Haushalt Vorsorge zu treffen, dass alle Lehrkräfte, die die Voraussetzungen für eine Höhergruppierung erfüllen, diese Einstufung erhalten,
- g) die Finanzierung der Maßnahmen des Bildungspakets aus dem Gesamthaushalt abzusichern.
- h) Umgehend Maßnahmen, dafür zu ergreifen/einzuleiten, dass durch Schaffung und Verbesserung altersgerechter Arbeitsbedingungen und Gesundheitsvorsorge möglichst viele Lehrer bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters im Schuldienst verbleiben können

Begründung:

Die aktuelle zentrale Bewirtschaftung aller Einstellungen durch die Staatsregierung lähmt die Handlungsfähigkeit der Fachministerien sowie der davon betroffenen Einrichtungen wie Hochschulen und Schulen. Sie führt in den Schulen zum massiven Unterrichtsausfall, selbst im verpflichtenden Grundbereich der Grundschulen. Im Rahmen der vom Haushaltsgesetzgeber beschlossenen Stellen sind die Fachministerien für die Umsetzung verantwortlich. Zentrale Steuerung ist ein vordemokratisches Mittel und lähmt die Handlungsfähigkeit im Bildungsbereich mit mehreren zehntausend Stellen.

Der Koalitionsausschuss von CDU und FDP hat im Dezember 2011 das so genannte Bildungspaket Sachsen 2020 beschlossen. Bis heute fehlt es an konkreten Umsetzungsmaßnahmen und Finanzierungsregelungen wie die Antworten der Staatsregierung auf die zahlreichen Kleinen Anfragen der SPD zeigen. Mit dem Rücktritt des Kultusministers wurde erstmals offensichtlich, dass sich das Bildungspaket als Mogelpackung zum Stellenabbau und somit zum Qualitätsverlust in den Schulen entpuppt. So sollen allein 385 der geplanten 2200 Einstellungen mit ESF-Mitteln finanziert werden, die aber nicht unterrichtswirksam werden können. Teilzeit, früherer Renteneintritt im Umfang von 300 Stellen wurden gar nicht berücksichtigt, ebenso wie die hohe Zahl der Stellen, die in der Ruhephase der Altersteilzeit nicht unterrichtswirksam werden.

Der Lehrerberuf ist in Sachsen im Vergleich zu allen anderen Bundesländern in Bezug auf die Eingruppierung und das Unterrichtsvolumen nicht attraktiv und konkurrenzfähig. Seit Jahren werden die Höhergruppierungen im Haushalt nicht ausgebracht und damit eine Schlechterstellung vor allem für Grund-, Mittel- und Förderschullehrkräfte hingenommen. Dieser Zustand muss beendet werden, wenn es gelingen soll, Lehrkräfte in Sachsen zu halten oder zu gewinnen.

Nicht das Kultusministerium allein, sondern die Landesregierung ist aufgefordert, Lösungen für das bereits spürbare Problem der Lehrerunterversorgung zu schaffen und aus dem Gesamthaushalt zu finanzieren. Dazu ist ein Maßnahmenplan mindestens bis 2020 zu erarbeiten, da der größte altersbedingte Abgang und damit Einstellungsbedarf erst nach 2015/16 entsteht. Dafür muss aber jetzt Vorsorge getroffen werden, da die Ausbildungszeiten einen langen Vorlauf erforderlich machen.